

# Schwerpunkte der Plenarsitzung vom 4. bis 7. Juli 2016

[30-06-2016 - 18:31]

## Slowakei übernimmt EU-Ratsvorsitz: Debatte über Prioritäten der nächsten 6 Monate . . . . . 3

Mittwochmorgen werden die Abgeordneten über die Prioritäten der slowakischen EU-Ratspräsidentschaft mit Premierminister Róbert Fico diskutieren. Das Land übernimmt turnusmäßig zum 1. Juli den Ratsvorsitz von den Niederlanden. Die Bilanz der niederländischen EU-Ratspräsidentschaft steht am Dienstagmorgen zur Debatte, an der Premierminister Mark Rutte teilnehmen wird.

## Debatte über die Ergebnisse des „Brexit“-Gipfels vom 28./29. Juni . . . . . 4

Am Dienstag werden die Abgeordneten über die Ergebnisse des EU-Gipfels vom 28.-29. Juni debattieren, auf dem die Staats- und Regierungschefs die Konsequenzen des „Brexit“-Votums erörtert und unterstrichen haben, dass „es keine Verhandlungen jeglicher Art geben wird, solange das Vereinigte Königreich sein Austrittsgesuch nicht förmlich eingereicht hat.“ Die Präsidenten von Rat und Kommission, Donald Tusk und Jean-Claude Juncker werden an der Aussprache teilnehmen.

## Parlament stimmt über Einrichtung einer gemeinsamen EU-Grenz- und Küstenwache ab . . . . . 5

Am Dienstag diskutieren die Abgeordneten über Pläne zur Einrichtung eines EU-Grenzkontrollsystems, in dem die Grenzagentur Frontex und die nationalen Grenzschutzbehörden zusammengeführt werden sollen. Am Mittwoch wird darüber abgestimmt. Nach diesen Plänen wären die nationalen Behörden für die alltägliche Verwaltung der Grenzen zuständig. Sie könnten aber die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache um Unterstützung bitten, wenn die EU-Außengrenzen unter Druck geraten.

## EU-Haushalt: Langfristiger Finanzrahmen 2014-2020 muss krisenfest gemacht werden . . . . . 6

Die EU muss ihre langfristige Ausgabenplanung überarbeiten, um unvorhergesehene Krisen wie Massenmigration, Terrorismus und Jugendarbeitslosigkeit bewältigen zu können. So steht es in einem Entschließungsentwurf, über den die Abgeordneten am Dienstag debattieren und am Mittwoch abstimmen. Der Text ist der Beitrag des Europäischen Parlaments zur Halbzeitüberprüfung des mehrjährigen Finanzrahmens 2014–2020, zu der die Kommission in den nächsten Monaten einen Vorschlag vorlegen wird.

## Unternehmensbesteuerung: Empfehlungen für gerechtere und klarere Vorschriften . . . . . 7

Am Dienstag debattieren die Abgeordneten über eine ausführliche Liste mit Empfehlungen, um die Unternehmensbesteuerung gerechter und klarer zu gestalten. Am Mittwoch stimmt das Parlament darüber ab.

## Cybersicherheit: EU muss sich besser gegen Gefahren des Internets wappnen . . . 8

Firmen, die wesentliche Dienste wie zum Beispiel im Energie-, Verkehrs-, Banken- und Gesundheitsbereich anbieten, oder Internetdienste wie Suchmaschinen oder Cloud-Dienste, müssten Maßnahmen ergreifen, um ihre Widerstandsfähigkeit gegen Cyberangriffe zu verbessern. Darauf zielen die ersten EU-weiten Vorschriften für Cybersicherheit ab, über die das Parlament am Mittwoch abstimmt.

## Energieeffizienzkenzeichnung: Abstimmung über neue verbindliche Regeln . . . 9

Das Parlament wird seinen Standpunkt bezüglich geplanter neuer Regeln zur Energieeffizienzkenzeichnung von Haushaltsgeräten festlegen. Die Debatte findet am Montag statt. Über die Entschließung wird am Mittwoch abgestimmt. Der Entwurf fordert eine klare Einstufung von „A“ bis „G“ zur Kennzeichnung der Energieeffizienz von Haushaltsgeräten und soll die heute geltende Klassifizierung mit zahlreichen



# Plenartagung

Pluszeichen in der höchsten Klasse (A+, A++, A+++) innerhalb von fünf Jahren ersetzen.

## **Empfehlung für das Arbeitsprogramm der Kommission 2017** . . . . . 10

Die Empfehlungen des Parlaments für das Arbeitsprogramm der EU-Kommission für 2017 stehen am Mittwoch zur Debatte und – in Form einer nichtlegislativen Entschließung – zur Abstimmung. Die Kommission wird Ihre Prioritäten für 2017 erwartungsgemäß im Oktober vorstellen.

## **Übertragung personenbezogener Daten an China - Wie werden EU-Bürger geschützt?** . . . . . 11

Wie kann die EU-Kommission dafür sorgen, dass die Übermittlung von personenbezogenen Daten von EU-Bürgern nach China den EU-Normen zum Schutz der Privatsphäre und dem Datenschutz entspricht? Diese Frage soll die Behörde am Mittwochnachmittag beantworten. In der Debatte werden die Abgeordneten die Kommission auch zu den Folgen des von China geplanten sogenannten „großen Datendamms“ und den potenziellen Einschränkungen befragen, den dieser auf den freien Datenfluss von EU-Unternehmen haben könnte.

## **Energiegetränke: Verbot von Hinweisen zu angeblicher Aufputzwirkung?** . . . . 12

Zuckerhaltige Getränke und koffeinhaltige Energiegetränke sollten keine Hinweise enthalten dürfen, die deren angebliche Eigenschaften zur Steigerung von Aufmerksamkeit oder Konzentrationsfähigkeit preisen. Solche Werbung erhöhe den Zuckerkonsum von Jugendlichen, den größten Abnehmern von Energiegetränken, so die Abgeordneten. Am Donnerstag stimmen sie darüber ab, ob solche Hinweise verboten werden sollen.

## **Rasenmäher, Generatoren, Binnenschiffe: Emissionsgrenzwerte für mobile Maschinen** . . . . . 13

Am Dienstag stimmt das Parlament über eine Überarbeitung der Typgenehmigungsvorschriften und Emissionsgrenzwerte für nicht für den Straßenverkehr bestimmte mobile Maschinen und Geräte (NSBMMG) ab. Dazu gehören Rasenmäher, Bulldozer, Diesellokomotiven und Binnenschiffe. Die neuen Regeln sind bereits mit dem niederländischen Ratsvorsitz vereinbart worden. NSBMMG-Maschinen machen ungefähr 15% aller Stickoxid- und 5% aller Partikelemissionen aus.

## **Weitere Tagesordnungspunkte** . . . . . 14

Weitere Themen auf der Tagesordnung

Armin WISDORFF	BXL: (+32) 2 28 40924 STR: (+33) 3 881 73780 PORT: +32 498 98 13 45 EMAIL: <a href="mailto:presse-DE@europarl.europa.eu">presse-DE@europarl.europa.eu</a>
Michaela FINDEIS	BXL: (+32) 2 28 31141 STR: (+33) 3 881 73603 PORT: (+32) 498 98 33 32 EMAIL: <a href="mailto:presse-DE@europarl.europa.eu">presse-DE@europarl.europa.eu</a>
Huberta HEINZEL	STR: (+33) 3 881 74646 PORT: (+43) 676 550 3126

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/plenary>

### Weitere Informationen

- [Tagesordnung](#)
- [Live-Übertragungen der Plenartagung auf EP Live](#)
- [Europarl TV](#)
- [Pressekonferenzen und weitere Veranstaltungen auf EP Live](#)
- [Webseite des Audiovisuellen Dienstes des EP \(EN\)](#)
- [EP Newshub](#)
- [EPRS Plenary podcasts on key issues](#)

# Plenartagung

## Slowakei übernimmt EU-Ratsvorsitz: Debatte über Prioritäten der nächsten 6 Monate

Mittwochmorgen werden die Abgeordneten über die Prioritäten der slowakischen EU-Ratspräsidentschaft mit Premierminister Róbert Fico diskutieren. Das Land übernimmt turnusmäßig zum 1. Juli den Ratsvorsitz von den Niederlanden. Die Bilanz der niederländischen EU-Ratspräsidentschaft steht am Dienstagmorgen zur Debatte, an der Premierminister Mark Rutte teilnehmen wird.

Die Slowakei übernimmt zum ersten Mal den EU-Ratsvorsitz. Zu den **Prioritäten** zählen Wirtschaftswachstum, ein moderner Binnenmarkt, Nachhaltige Migrations- und Asylpolitik und ein global engagiertes Europa.

Der Präsident des Europäischen Parlaments Martin Schulz wird zusammen mit dem slowakischen Premierminister Róbert Fico am Mittwoch um ca. 12:00 Uhr eine Pressekonferenz abhalten.

*Debatten:*

- *Dienstag, den 5. Juli (Bilanz der niederländischen Ratspräsidentschaft)*
- *Mittwoch, den 6. Juli (Prioritäten der slowakischen Ratspräsidentschaft)*

*Verfahren: Erklärungen von Rat und Kommission mit anschließenden Debatten*

*Pressekonferenzen:*

- *Mittwoch, den 6. Juli at 12.00 (Prioritäten der slowakischen Ratspräsidentschaft, mit Martin Schulz und Róbert Fico)*

**#EU2016SK @eu2016sk #EU2016NL @eu2016nl @SKPRES2016**

# Plenartagung

## Debatte über die Ergebnisse des “Brexit”-Gipfels vom 28./29. Juni

Am Dienstag werden die Abgeordneten über die Ergebnisse des EU-Gipfels vom 28.-29. Juni debattieren, auf dem die Staats- und Regierungschefs die Konsequenzen des „Brexit“-Votums erörtert und unterstrichen haben, dass „es keine Verhandlungen jeglicher Art geben wird, solange das Vereinigte Königreich sein Austrittsgesuch nicht förmlich eingereicht hat.“ Die Präsidenten von Rat und Kommission, Donald Tusk und Jean-Claude Juncker werden an der Aussprache teilnehmen.

Der britische Premierminister David Cameron hat auf dem Gipfel bestätigt, dass für die förmliche Einreichung des Austrittsgesuchs nach Artikel 50 des EU-Vertrags eine neue Regierung zuständig sei. Donald Tusk wies darauf hin, dass die Staats- und Regierungschefs entschlossen seien, weiterhin geeint aufzutreten und unter nun 27 EU-Mitgliedern eng zusammenzuarbeiten würden.

Zu den anderen Tagesordnungspunkten des Gipfeltreffens gehörten folgende Themen: Die Vorschläge zum digitalen Binnenmarkt und zur Kapitalmarktunion, länderbezogene wirtschaftspolitische Empfehlungen und die Globale Strategie der EU für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik.

*Debatte: Dienstag, den 5. Juli*

*Verfahren: Erklärungen von Rat und Kommission mit anschließender Debatte*

*#euco #EURef #EUreferendum #UKRef #UKReferendum*

### Weitere Informationen

- [Schlussfolgerungen des Europäischen Rats, 28.-29.06.2016](#)
- [Rede des EP-Präsidenten Martin Schulz auf der Tagung des Europäischen Rates](#)
- [Pressemitteilung: Parlament will raschen “Brexit” gegen Unsicherheit und tiefgreifende EU-Reform \(28.06.2016\)](#)
- [Plenardebatte über den “Brexit” und die Konsequenzen \(28.06.2016\)](#)
- [EP-Hintergrundinformationen zu Artikel 50](#)
- [Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

# Plenartagung

## Parlament stimmt über Einrichtung einer gemeinsamen EU-Grenz- und Küstenwache ab

Am Dienstag diskutieren die Abgeordneten über Pläne zur Einrichtung eines EU-Grenzkontrollsystems, in dem die Grenzagentur Frontex und die nationalen Grenzschutzbehörden zusammengeführt werden sollen. Am Mittwoch wird darüber abgestimmt. Nach diesen Plänen wären die nationalen Behörden für die alltägliche Verwaltung der Grenzen zuständig. Sie könnten aber die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache um Unterstützung bitten, wenn die EU-Außengrenzen unter Druck geraten.

Die Agentur für die Grenz- und Küstenwache kann dann rasch Grenzschutzteams an die betroffene Grenze entsenden. Sie verfügt nicht über eigene Grenzschützer, kann aber auf einen Einsatzpool von Grenzbeamten aus den Mitgliedstaaten zurückgreifen.

Wenn die EU-Außengrenzen eines Mitgliedstaats unter Druck geraten, zum Beispiel durch unverhältnismäßig starken Migrationsdruck oder grenzübergreifende Kriminalität, können Soforteinsatzteams für Grenzsicherungszwecke vorübergehend entsandt werden, und zwar entweder auf Anfrage eines EU-Mitgliedsstaats oder durch einen Beschluss des Rates. Der betreffende Mitgliedstaat sollte dem Einsatzplan zustimmen, bevor der Einsatz starten kann.

Kommt der betreffende Mitgliedstaat dem Beschluss des Rates nicht nach und kommt es zu einer ernsthaften Bedrohung des Schengen-Raums, können andere Mitgliedstaaten beschließen, an ihren Binnengrenzen wieder Grenzkontrollen einzuführen.

Die Agentur wird auch eine größere Rolle bei der Rückführung von Migranten spielen.

*Debatte: Dienstag, den 5. Juli*

*Abstimmung: Mittwoch, den 6. Juli*

*Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren), Einigung in erster Lesung*

*Pressekonferenz: Mittwoch, den 6. Juli um 15:00 Uhr*

*@Frontex #Schengen #coastguard #refugeEKRisis #MigrationEU #EUBorders*

### Weitere Informationen

- [Pressemitteilung nach der Einigung im Trilog \(22.06.2016\)](#)
- [Berichterstatter: Artis PABRIKS \(EVP, LV\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)
- [EP-Hintergrundinformationen: Europäisches Grenz- und Küstenschutzsystem](#)
- [EP-Studie: "The proposal for a European Border and Coast Guard: evolution or revolution in external border management?" \(auf Englisch\)](#)
- [Pressemitteilung der Kommission: "Ein europäischer Grenz- und Küstenschutz für die Außengrenzen Europas"](#)

# Plenartagung

## EU-Haushalt: Langfristiger Finanzrahmen 2014-2020 muss krisenfest gemacht werden

Die EU muss ihre langfristige Ausgabenplanung überarbeiten, um unvorhergesehene Krisen wie Massenmigration, Terrorismus und Jugendarbeitslosigkeit bewältigen zu können. So steht es in einem Entschließungsentwurf, über den die Abgeordneten am Dienstag debattieren und am Mittwoch abstimmen. Der Text ist der Beitrag des Europäischen Parlaments zur Halbzeitüberprüfung des mehrjährigen Finanzrahmens 2014–2020, zu der die Kommission in den nächsten Monaten einen Vorschlag vorlegen wird.

Laut dem Entschließungsentwurf muss der mehrjährige Finanzrahmen (MFR) 2014–2020 flexibler gestaltet werden, um die EU in die Lage zu versetzen, rasch auf Krisen zu reagieren, die bei der Verabschiedung des Finanzrahmens nicht erwartet worden waren, wie die Migrations- und Flüchtlingskrise, der Terrorismus und Fragen der inneren Sicherheit, die Krise der Landwirtschaft oder die andauernd hohe Arbeitslosigkeit, insbesondere bei den jungen Menschen.

Die Abgeordneten fordern eine haushaltspolitische Strategie, um plötzliche Krisen besser bewältigen zu können. Sie weisen darauf hin, dass die Knappheit der verfügbaren Mittel die EU dazu gezwungen hat, Ad-hoc-Finanzinstrumente teilweise außerhalb des EU-Haushalts einzurichten, die Fragen in Bezug auf die Rechenschaftspflicht und demokratische Kontrolle aufwerfen.

Sie schlagen die Schaffung einer dauerhaften EU-Krisenreserve innerhalb des EU-Haushalts vor, um Ad-hoc-Lösungen wie die Einrichtung von Treuhandfonds zu vermeiden. Die Abgeordneten fordern weitere Diskussionen über Eigenmittel und behaupten, die Halbzeitüberprüfung des MFR sei eine gute Gelegenheit, den immer wiederkehrenden Zahlungsrückstand zu vermeiden, indem der Stand der Ausführung der Zahlungen überprüft sowie eine klare Strategie entwickelt werden kann, um allen Zahlungsanforderungen gerecht zu werden.

In dem Entschließungsentwurf unterstreichen die Abgeordneten, dass die anlässlich der Halbzeitüberprüfung vereinbarten Änderungen am MFR ohne Verzögerungen umgesetzt und bereits in den Haushalt für 2017 eingearbeitet werden sollten. Sie verlangen, ohne auf die Ergebnisse der Verhandlungen über den EU-Austritt des Vereinigten Königreichs vorgreifen zu wollen, dass die EU-Kommission sie unverzüglich über die haushaltspolitischen Konsequenzen des „Brexit“-Votums informiert.

*Debatte: Dienstag, den 5. Juli*

*Abstimmung: Mittwoch, den 6. Juli*

*Pressekonferenz: Mittwoch, 14:30 Uhr*

*Verfahren: Nichtlegislative Entschließung*

*Pressekonferenz: TBC*

*#MFF #EUBudget*

### Weitere Informationen

- [EP-Hintergrundinformationen: "Mid-term review/revision of the MFF - Key issues at the outset of the debate" \(auf Englisch\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)
- [Berichterstatter Jan Olbrycht \(EVP, PL\)](#)
- [Berichterstatterin Isabelle Thomas \(S&D, FR\)](#)

# Plenartagung

## Unternehmensbesteuerung: Empfehlungen für gerechtere und klarere Vorschriften

Am Dienstag debattieren die Abgeordneten über eine ausführliche Liste mit Empfehlungen, um die Unternehmensbesteuerung gerechter und klarer zu gestalten. Am Mittwoch stimmt das Parlament darüber ab.

Der Entwurf des Sonderausschusses zu Steuervorbescheiden – TAXE II – fordert unter anderem die Einrichtung eines öffentlichen Unionsregisters für wirtschaftliches Eigentum, eine schwarze Liste von Steuerparadiesen, Sanktionen gegen nicht kooperative Steuerhoheitsgebiete, Maßnahmen gegen den Missbrauch des Patentbox-Systems (Einkünfte aus geistigem Eigentum), einen Verhaltenskodex für Banken und Steuerberater, Vorschriften für verantwortungsvolles Handeln im Bereich Steuern bei allen EU-Handelsabkommen und eine Quellensteuer auf Gewinne, die die EU verlassen.

Die beiden Berichterstatter sind Jeppe Kofod (S&D, DK) und Michael Theurer (ALDE, DE).

*Debatte: Dienstag, den 5. Juli*

*Abstimmung: Mittwoch, den 6. Juli*

*Verfahren: Nichtlegislative EntschlieÙung*

*Pressekonferenz: Mittwoch, den 6. Juli um 9:30 Uhr*

*#TaxTransparency #luxleaks #PanamaPapers #TAXEII*

### Weitere Informationen

- [Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(21.06.2016, auf Englisch\)](#)
- [Berichterstatter Jeppe Kofod \(S&D, DK\)](#)
- [Berichterstatter Michael Theurer \(ALDE, DE\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)
- [Top-Thema: Unternehmensbesteuerung - Gegen aggressiven Steuerwettbewerb](#)

# Plenartagung

## Cybersicherheit: EU muss sich besser gegen Gefahren des Internets wappnen

**Firmen, die wesentliche Dienste wie zum Beispiel im Energie-, Verkehrs-, Banken- und Gesundheitsbereich anbieten, oder Internetdienste wie Suchmaschinen oder Cloud-Dienste, müssten Maßnahmen ergreifen, um ihre Widerstandsfähigkeit gegen Cyberangriffe zu verbessern. Darauf zielen die ersten EU-weiten Vorschriften für Cybersicherheit ab, über die das Parlament am Mittwoch abstimmt.**

Die Mitgliedstaaten müssten nach den neuen Regeln bestimmen, welche nationalen Behörden zuständig sind, und eine Strategie gegen Internet-Bedrohungen entwerfen.

Die Richtlinie zur Netz- und Informationssicherheit (NIS-Richtlinie) zielt darauf ab, die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten bei der Cybersicherheit zu fördern, und so die Fragmentierung unterschiedlicher nationaler Systeme abzuschaffen. Sie enthält Listen mit Bereichen, in denen wichtige Dienstleister gewährleisten müssen, dass sie Cyberangriffen erfolgreich widerstehen können. Diese Firmen, die jeder Mitgliedstaat identifizieren muss, werden auch verpflichtet, den nationalen Behörden ernsthafte Sicherheitsverstöße zu melden.

### **Hintergrundinformationen**

*Informationssysteme, grundlegende Netze und Dienste wie Online-Banking, Stromnetze oder Flughafensicherheit, können durch Sicherheitsvorfälle, die durch menschliches Versagen, technische Ausfälle oder Terroranschläge verursacht wurden, beschädigt werden. Diese Vorfälle führen nach Schätzungen der Agentur der Europäischen Union für Netz- und Informationssicherheit (ENISA) zu jährlichen Verlusten zwischen 260 und 340 Milliarden Euro. Die EU hat bisher keinen gemeinsamen Ansatz in Bezug auf Cybersicherheit.*

*Debatte: Dienstag, den 5. Juli*

*Abstimmung: Mittwoch, den 6. Juli*

*Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren), Einigung in zweiter Lesung*

**#cybersecurity #NIS**

### **Weitere Informationen**

- [Mit dem Rat ausgehandelter Kompromisstext, der im Plenum zur Abstimmung steht](#)
- [Empfehlung des Ausschusses über Maßnahmen zur Gewährleistung eines hohen gemeinsamen Sicherheitsniveaus von Netzen und Informationssystemen in der Union](#)
- [Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(14.01.2016, auf Englisch\)](#)
- [Berichtersteller Andreas Schwab \(EVP, DE\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)
- [Europarl TV: Cyber-Sicherheit: wichtige Bereiche vor Angriffen schützen](#)
- [Für ein sicheres Online-Umfeld in der EU. Interview mit Berichtersteller Andreas Schwab](#)
- [Infografik: Cyber-Sicherheit - Die größten Cyber-Bedrohungen 2014](#)
- [EP-Hintergrundinformationen zum Thema](#)
- [Eurobarometer-Umfrage zur Cybersicherheit](#)

# Plenartagung

## Energieeffizienzkenzeichnung: Abstimmung über neue verbindliche Regeln

Das Parlament wird seinen Standpunkt bezüglich geplanter neuer Regeln zur Energieeffizienzkenzeichnung von Haushaltsgeräten festlegen. Die Debatte findet am Montag statt. Über die Entschließung wird am Mittwoch abgestimmt. Der Entwurf fordert eine klare Einstufung von „A“ bis „G“ zur Kennzeichnung der Energieeffizienz von Haushaltsgeräten und soll die heute geltende Klassifizierung mit zahlreichen Pluszeichen in der höchsten Klasse (A+, A++, A+++) innerhalb von fünf Jahren ersetzen.

Der Text fordert auch klare und lesbare Etiketten, die die Energieeffizienzklasse und den absoluten Verbrauch in kWh über einen bestimmten Zeitraum anzeigen. Dadurch können die Verbraucher fundiertere Entscheidungen mit Blick auf die von ihnen erworbenen Erzeugnisse treffen, um ihre Energiekosten zu reduzieren.

*Debatte: Montag, den 4. Juli*

*Abstimmung: Mittwoch, den 6. Juli*

*Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren), erste Lesung*

*#energyefficiency #EnergyUnion*

### Weitere Informationen

- [Berichtsentwurf für einen Rahmen zur Energieeffizienzkenzeichnung](#)
- [Pressemitteilung der Abstimmung im Ausschuss \(13.06.2016. auf Englisch\)](#)
- [Berichtersteller Dario Tamburrano \(EFDD, IT\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)
- [Audiovisuelles Material für Medienschaffende](#)

# Plenartagung

## Empfehlung für das Arbeitsprogramm der Kommission 2017

Die Empfehlungen des Parlaments für das Arbeitsprogramm der EU-Kommission für 2017 stehen am Mittwoch zur Debatte und – in Form einer nichtlegislativen Entschließung – zur Abstimmung. Die Kommission wird Ihre Prioritäten für 2017 erwartungsgemäß im Oktober vorstellen.

*Debatte: Mittwoch, den 6. Juli*

*Abstimmung: Mittwoch, den 6. Juli*

**Verfahren: Erklärung der Kommission und nichtlegislative Entschließung**

[#CWP2017 @EU\\_Commission](#)

### Weitere Informationen

- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)
- [Webseite der Kommission zu ihrem Arbeitsprogramm](#)

# Plenartagung

## Übertragung personenbezogener Daten an China - Wie werden EU-Bürger geschützt?

Wie kann die EU-Kommission dafür sorgen, dass die Übermittlung von personenbezogenen Daten von EU-Bürgern nach China den EU-Normen zum Schutz der Privatsphäre und dem Datenschutz entspricht? Diese Frage soll die Behörde am Mittwochnachmittag beantworten. In der Debatte werden die Abgeordneten die Kommission auch zu den Folgen des von China geplanten sogenannten „großen Datendamms“ und den potenziellen Einschränkungen befragen, den dieser auf den freien Datenfluss von EU-Unternehmen haben könnte.

Die Abgeordneten betonen in einer mündlichen Anfrage an die Kommission, dass China noch keine Rechtsvorschriften erlassen hat, in denen es speziell um die Erfassung, Speicherung, Übertragung und Handhabung personenbezogener Daten geht. Es wurde bisher auch noch kein Abkommen zwischen China und der EU zu Datenübertragungen geschlossen, obwohl die Übertragung personenbezogener Daten zwischen den beiden Ländern in der Praxis Realität ist, vor allem innerhalb moderner Cloud-Computing-Umgebungen in China.

*Debatte: Donnerstag, den 7. Juli*

*Verfahren: Erklärung der Kommission*

*#dataprotection #EUdataP #China*

### Weitere Informationen

- [Übertragung personenbezogener Daten an China - Wie werden die EU-Bürger geschützt? Anfrage zur mündlichen Beantwortung an die Kommission](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)
- [EP-Hintergrundinformationen: "Personal data transfers to China" \(auf Englisch\)](#)

# Plenartagung

## Energiegetränke: Verbot von Hinweisen zu angeblicher Aufputzwirkung?

**Zuckerhaltige Getränke und koffeinhaltige Energiegetränke sollten keine Hinweise enthalten dürfen, die deren angebliche Eigenschaften zur Steigerung von Aufmerksamkeit oder Konzentrationsfähigkeit preisen. Solche Werbung erhöhe den Zuckerkonsum von Jugendlichen, den größten Abnehmern von Energiegetränken, so die Abgeordneten. Am Donnerstag stimmen sie darüber ab, ob solche Hinweise verboten werden sollen.**

Ein durchschnittliches Energiegetränk (250ml) enthält bis zu 27g Zucker und 80mg Koffein, behaupten die Abgeordneten, obwohl die Weltgesundheitsorganisation eine Begrenzung der Aufnahme von freiem Zucker auf weniger als 10% der gesamten Energiezufuhr und mit Blick auf einen zusätzlichen gesundheitlichen Nutzen eine weitere Begrenzung auf weniger als 5% der gesamten Energiezufuhr empfiehlt, unterstreichen die Abgeordneten.

*Debatte: Mittwoch, den 6. Juli*

*Abstimmung: Donnerstag, den 7. Juli*

*Verfahren: Legislative Entschließung*

### Weitere Informationen

- [Entschließungsvorschlag über Lebensmittel als Angaben über die Reduzierung eines Krankheitsrisikos sowie die Entwicklung und die Gesundheit von Kindern \(auf Englisch\)](#)
- [Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(15.06.2016, auf Englisch\)](#)
- [Persönliche Daten der Berichterstatterin: Christel Schaldemose \(S&D, DK\)](#)

# Plenartagung

## Rasenmäher, Generatoren, Binnenschiffe: Emissionsgrenzwerte für mobile Maschinen

**Am Dienstag stimmt das Parlament über eine Überarbeitung der Typgenehmigungsvorschriften und Emissionsgrenzwerte für nicht für den Straßenverkehr bestimmte mobile Maschinen und Geräte (NSBMMG) ab. Dazu gehören Rasenmäher, Bulldozer, Diesellokomotiven und Binnenschiffe. Die neuen Regeln sind bereits mit dem niederländischen Ratsvorsitz vereinbart worden. NSBMMG-Maschinen machen ungefähr 15% aller Stickoxid- und 5% aller Partikelemissionen aus.**

Die neue NSBMMG-Verordnung betrifft alle Arten von Verbrennungsmotoren, die beispielsweise in den folgenden Maschinen oder Geräten zum Einsatz kommen: Handgeführte Geräte, Generatorsätze, Maschinen für die Landwirtschaft, Erntemaschinen, Baumaschinen (z.B. Kräne), Triebwagen und Lokomotiven sowie Binnenschiffe. Diese Motoren müssen die gleichen Anforderungen erfüllen, unabhängig vom Treibstoff, um die Innovation in der Branche anzukurbeln.

*Debatte: Montag, den 4. Juli*

*Abstimmung: Dienstag, den 5. Juli*

*Verfahren: Mitentscheidungsverfahren (Ordentliches Gesetzgebungsverfahren), Einigung in erster Lesung*

*#NRMM*

### Weitere Informationen

- [Berichtsentwurf in Bezug auf die Emissionsgrenzwerte und die Typgenehmigung für Verbrennungsmotoren für nicht für den Straßenverkehr bestimmte mobile Maschinen und Geräte](#)
- [Pressemitteilung zur Abstimmung im Ausschuss \(26.04.2016, auf Englisch\)](#)
- [Berichterstatteerin Elisabetta Gardini \(EVP, IT\)](#)
- [Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)
- [EP-Hintergrundinformationen: "Emissions from engines in non-road mobile machinery" \(auf Englisch\)](#)
- [Webseite der Kommission zum Thema](#)

# Plenartagung

## Weitere Tagesordnungspunkte

### Weitere Themen auf der Tagesordnung

- *Schutz von Whistleblowers, Debatte Mittwoch*
- *EU-Strategie gegenüber China, Debatte Mittwoch*
- *„Flüchtlinge – soziale Inklusion und Integration in den Arbeitsmarkt“, Debatte Montag, Abstimmung Dienstag*
- *Bekämpfung des Menschenhandels in den Außenbeziehungen der EU, Debatte Montag, Abstimmung Dienstag*
- *EU-Haushalt: Berichtigungshaushaltsplan Nr. 2/2016, Abstimmung Mittwoch*
- *Abkommen zwischen der Europäischen Union und der Republik Peru über die Befreiung von der Visumpflicht für Kurzaufenthalte, Abstimmung Dienstag*
- *Beschluss Japans, in der Fangsaison 2015/2016 den Walfang wiederaufzunehmen - Entschließungsanträge, Abstimmung Mittwoch*
- *Einspruch gegen EIB-Anleihebürgschaften für Projekte außerhalb der Union (Belarus), Abstimmung Mittwoch*
- *Mindestlöhne im Verkehrssektor, Erklärung der Kommission, Debatte Donnerstag*